Institut für ganzheitliche Forschung

Reihe *Recht und Politik*
Heft 1

Roland Bohlinger

Patriotismus, Ausländerpolitik und die antideutsche Zielsetzung der politischen Führung

Eine verfassungs- und strafrechtliche Analyse

Verlag für ganzheitliche Forschung

Institut für ganzheitliche Forschung

Reihe *Recht und Politik*
Heft 1

Roland Bohlinger

Patriotismus, Ausländerpolitik und die antideutsche Zielsetzung der politischen Führung

Eine verfassungs- und strafrechtliche Analyse

Verlag für ganzheitliche Forschung

Institut für ganzheitliche Forschung

Reihe: *Recht und Politik*, Heft 1

Herausgeber der Reihe: Roland Bohlinger

1997

Verlag für ganzheitliche Forschung
D-25884 Viöl/Nordfriesland

Satz im Hause
Eigendruck

ISBN 3-927933-95-3

Roland Bohlinger

Der verfassungs- und strafgesetzwidrige Charakter der herrschenden Ausländerpolitik

Deutschen Patrioten wird gern der Vorwurf gemacht, sie wären ausländerfeindlich eingestellt. Dieser Vorwurf bildet eine wesentliche Grundlage für die Erzeugung des patriotenfeindlichen Klimas in unserem Land. Auf wirkliche Patrioten trifft dieser Vorwurf aber keineswegs zu. Sie lieben ihr Volk und Land und begrüßen es, wenn die Angehörigen anderer Völker ebenfalls ihr eigenes Volk und Land lieben. Sie wissen, daß dies die wichtigste Voraussetzung ist für die Schaffung von freiheitlich-demokratischen, nichtimperialistischen Rechts- und Friedensordnungen unter den Völkern, wo jedes Volk in freier Selbstbestimmung und im eigenen Land sein Leben, seine Weltanschauung, seine Kultur, sein Recht und seine Wirtschaft entfalten kann. Eine andere Einstellung wäre für einen wirklichen Patrioten inkonsequent und in sich widersprüchlich.

Die kritische Einstellung der Patrioten in der Ausländerfrage richtet sich daher auch nicht gegen Ausländer an sich, sondern gegen die Ausländerpolitik der deutschen Regierung. Das ist ein wesentlicher, grundlegender Unterschied! Sie bewertet diese Ausländerpolitik als rechtswidrig, staatsfeindlich und rassistisch*, während sie die Ausländer ebenso wie die Einheimischen als Opfer dieser Politik betrachtet. Das sei hier näher dargelegt, um klarzustellen, welches die wesentlichen Punkte der Kritik von patriotischer Seite sind, und um aufzuzeigen, wie berechtigt diese Kritik ist und wie unberechtigt ihre Diskriminierung und die sich darauf stützenden Verfolgungsmaßnahmen sind.

A. Rassistische* Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik?

Der § 220a StGB. lautet auszugsweise:

„Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder
durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören

1. ...
2. Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden ... zufügt,
3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,
4. ...
5. Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft...“

* Der Begriff „rassistisch“ wird hier im Sinne von rassenverachtend, rassenfeindlich, rassenunterdrückend und rassenzerstörend verwendet.

Diese gesetzliche Regelung ist an sich selbstverständlich. Sie entspricht der Einstellung aller Menschen, die redlich und gerecht denken, heute ebenso wie in der Vergangenheit. Trotzdem wurde und wird immer wieder dagegen verstoßen. Im Dritten Reich wurde von bestimmten Kreisen (nicht von der gesamten Führung) u. a. eine „Germanisierung" bestimmter Menschen aus verschiedenen nahestehenden Völkern angestrebt. Hierbei wurde unter „Germanisierung" die Ablösung der fremden und die Aufprägung der „germanischen", richtiger „nationalsozialistischen" Identität verstanden. Heute wird das verurteilt. Zurecht. Aber warum wird dann zugleich das heutige Bemühen gutgeheißen, Gruppen anderer Völker in das deutsche Volk einwandern zu lassen und dann zu „integrieren"? Dieses Bemühen erfolgt zwar mit anderen Begründungen als dazumal, aber rechtlich und von den Auswirkungen her gesehen dürfte es ähnlich zu beurteilen sein. Denn dieses Bemühen muß ebenfalls zu einer „Germanisierung" (oder „Bundesrepublikanisierung") von Angehörigen fremder Völker führen und natürlich umgekehrt auch zu einer wachsenden „Entgermanisierung" des deutschen Volkes, die faktisch und gemäß geltender nationaler und internationaler juristischer Terminologie unter den Begriff „Völkermord" fällt. Das Ergebnis besteht also in einer beiderseitigen Identitätsschädigung und im extremen Fall sogar in einer Identitätszerstörung. Das hat u. a. Wolfgang Seeger in seiner Schrift: *Ausländer-Integration ist Völkermord - Das Verbrechen an den ausländischen Volksgruppen und am deutschen Volk,* Pähl 1980, überzeugend dargelegt. Diese Schrift wurde inzwischen in einer Auflage von weit über hunderttausend Stück verbreitet. Von der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften* wurde sie aufgrund eines Indizierungsantrags überprüft; es kam aber zu keiner Beanstandung. Eine Beanstandung wäre auch schwer möglich. Denn nicht diese Schrift, sondern die herrschende Bevölkerungspolitik steht im Widerspruch mit den geltenden rechtlichen Grundsätzen: diese Politik erfüllt den Tatbestand des § 220a StGB., sie ist *imperialistisch, völkerfeindlich und kulturzerstörend.* Man könnte sie unter anderem auch *rassistisch* (im Sinne der hier gebrauchten Definition) nennen. Der Tatbestand kommt überdeutlich zum Ausdruck in der von vielen Politikern offen verkündeten Zielsetzung, das deutsche Volk durch eine multikulturelle Bevölkerung zu ersetzen. Das ist offen und klar eine Zielsetzung, deren Erfüllung den Tatbestand des Völkermords erfüllt.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das sogenannte *Teso-Urteil* des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1977. Es heißt darin u.a.: *„Das Festhalten an der Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung* [des Bundesverfassungsgerichts] ... *Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatesvolkes zu erhalten."* [1]

Am 11.6.1991 richtete ich als Vorsitzender des *Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbandes* einen Offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In ihm nahm ich Stellung zur „Beteiligung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen". *Den darin enthaltenen Vorwürfen wiedersprach kein einziger Abgeordneter.* Wer aber zu derartigen Vorwürfen

schweigt, obwohl diese Vorwürfe sachlich, schlüssig und unmißverständlich schon in der Überschrift vorgetragen werden, und obendrein als Offener Brief allen Abgeordneten zuging und in mehreren Schriften und Zeitschriften mit einer Gesamt-Auflage von über 50.000 Stück und daneben auch noch als Flugblatt verbreitet worden ist, *der läßt es zu, daß der Eindruck entsteht, daß er die Richtigkeit der Vorwürfe anerkennt.*

Es heißt in dem Offenen Brief u.a.:

„Die Mehrheit unter Ihnen und Ihren Vorgängern trat für die 'reeducation' ein, für die sogenannte Umerziehung des deutschen Volkes durch die Sieger des Zweiten Weltkrieges. Das Anliegen, das hinter dem Programm der Umerziehung stand, hatte jedoch wenig gemein mit dem, was allen großen Menschen eigen ist, seien es Erzieher, Philosophen, Künstler oder Menschen der Tat: nämlich der Wille, dazu beizutragen, daß sich das Gute in der Welt mehre, daß sich der Charakter der Bürger hebe, daß Kultur, Recht, Freiheit und Frieden zu einem alles Leben tragenden Baum heranwachse. Denn das Ziel der 'reeducation' war nicht Besserung, sondern Zerstörung, die Zerstörung des deutschen Volkscharakters. Zur Begründung hieß es, der deutsche Volkscharakter sei unheilbar böse, weshalb er zum Wohl aller beseitigt werden müsse. Im Gefolge dieser imperialistischen Zielsetzung tritt jetzt die Mehrheit unter Ihnen für die Schaffung einer 'multikulturellen Gesellschaft' in Deutschland ein. Nach der weitgehenden Zerstörung der geistigen Identität und der damit verbundenen Zerstörung des Selbst- und Kulturerhaltungswillens der Deutschen, soll nun die Zerstörung der biologischen Identität das Werk abschließen. Die Teilnahme an diesen Bestrebungen ist Rassismus und eindeutig die feindseligste aller hier aufgezählten Bestrebungen aus Ihren Reihen. Gemäß der 'UNO-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes' vom 9.12.1948, die Verfassungsnorm besitzt und in das deutsche Strafrecht übernommen wurde (in den § 220 a StGB) sowie dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.10.1977 [sog. Teso-Urteil] *sind sowohl die 'reeducation' als auch das Erstreben multikultureller und multibiologischer Verhältnisse eindeutig Völkermordmaßnahmen. Solche Maßnahmen sind rechtswidrig und gemäß § 220 a StGB. mit Höchststrafe bedroht. Doch offenbar darf man sie straflos betreiben, wenn sie gegen das deutsche Volk gerichtet sind. In die gleiche Rubrik sind alle die anderen hier aufgezählten Tätigkeiten einzuordnen. Sie erweisen alle, im Gesamtzusammenhang gesehen, daß die Mehrheit unter Ihnen einen verfassungs- und strafgesetzwidrigen V e r n i c h t u n g s k a m p f gegen das deutsche Volk betreibt."*

Die wirklich maßgebenden Machtideen und Machtgruppen vor und nach 1918, nach 1933 und nach 1945 wurden niemals ganz entmachtet, allen völkischen, nationalen und demokratisch-rechtsstaatlichen Bestrebungen zum Trotz. Von gewissen Gewichtsverlagerungen, zweitrangigen Änderungen und den Methoden der Machtausübung abgesehen, blieb der jeweilige „politische Wechsel" hauptsächlich auf den ideologischen Überbau und die Art des Gebrauchs und Mißbrauchs von Idealen, Geistesströmungen und Anhängern beschränkt. Geht es den heute

herrschenden Machtgruppen nicht ebenso wie ihren Vorgängern vorrangig um Anhäufung von Macht und Material unter recht häufiger Mißachtung von Leben, Gesundheit, Recht und Freiheit der Mitmenschen? Bemühen sich diese Kreise nicht schon sehr lange um den schrittweisen Abbau der geistigen und biologischen Selbstbestimmung der Menschen und der von ihnen ursprünglich gebildeten Gemeinschaften? Haben wir als Folge davon nicht einen ständigen Mißbrauch von Begriffen, im – wie es so schön heißt – „herrschenden Sprachgebrauch"? Dieser Mißbrauch führt immer wieder zu Täuschungen. Und die Täuschungen fördern wiederum Fehlhandlungen. Zwar haben wir den Mißbrauch von Begriffen, seitdem es Menschen gibt. Aber das Ausmaß und die Folgen des Mißbrauchs sind heute besonders groß. Das von George Orwell in seinem Buch *1984* prophezeite „Neusprech" wird von den meisten Lesern seines Buches nur deshalb als schokkierend empfunden, weil es an dieser Stelle und mit den dabei verwendeten Worten und Wortinhalten als neu erlebt wird. In der heutigen Wirklichkeit erfolgt jedoch in ähnlichen Ausmaßen eine Sprachmanipulation, insbesondere eine Vermaskung von verbrecherischen Verhaltensweisen mittels „Lügsprech", wie ich das bezeichnen möchte. Diese Manipulation und Vermaskung wird nur zu wenig bemerkt, da sie schleichend vor sich geht. Bei dem Begriff „Germanisierung" stellt sich, gemäß dem herrschenden antinationalsozialistischen Sprachgebrauch, bei fast allen Hörern sofort eine Abwehrreaktion ein, nicht aber bei dem Begriff „Integration", obwohl das, was damit bezeichnet wird, fast Gleiches meint. Mit anderen zentralen Begriffen ist es ähnlich: Ein selbst geführter Angriffskrieg wird „Verteidigung", „Befriedung", „Befreiung", „Wiederherstellung der Rechtsordnung" und ähnlich genannt, und damit ist dieser Krieg „gerecht". Eine selbst ausgeübte Diktatur wird nicht Diktatur genannt, sie ist „vom Volk gewählt" und daher eine „Demokratie" oder „Volksherrschaft", die dem „Wohl des Volkes" und der „Abwehr des Feindes" dient. Die eigene Gewaltanwendung gegen Andersdenkende ist „Verfassungsschutz" oder „Antifaschismus", die vor dem Hauptfeind, der „Gewalttätigkeit des Faschismus", schützt. Für den Zusammenbruch 1945, dem neues Unrecht, neue Versklavung und der Tod durch Mord und Hunger an weit über 6, nämlich an mindestens 11 Millionen Deutschen folgte, diesen nennt man „Befreiung", so wie „erzwungene Wanderung" für Vertreibung und Massenmord, „Gesundschrumpfung" für Bevölkerungsimplosion, „freie Marktwirtschaft" für Konsumwahn und Raubwirtschaft, „Strahlenschutz" für Bestrahlungserlaubnis, „Entsorgung" für Müllkatastrophen, „Verteidigungsfall" für die Durchführung der Vernichtung im Kriegsfall. Die mit einem solchen Sprachgebrauch verbundene Destruktion stellt beileibe nicht nur eine partiell auftretende Abwesenheit treffenden Sprachgebrauchs dar, sie offenbart die vorherrschende Heuchelei und Selbstgerechtigkeit und die damit verbundene Sprach-, Denk- und Moralzerstörung. Wer die Sprache *so* gebraucht, der verbraucht und vermüllt sie, und er korrumpiert und verblödet sich damit selbst und jene, die diesen Sprachgebrauch anpasserisch übernehmen oder auch nur resigniert dulden.

B. Die Kriminalität der „herrschenden Klasse“ in der Ausländerpolitik*

Wenn es um die Zuwanderung von Fremden geht, werden in der öffentlichen Diskussion zentrale Faktoren und Gesichtspunkte außeracht gelassen, selbst solche, die deutlich ins Auge springen. Im allgemeinen ist für den politischen und psychoanalytischen Sachkenner ein solcher Mangel ein untrügliches Zeichen, daß die Diskussion beherrscht wird von Wahnideen und Suggestionen.

1. Das fängt ganz simpel damit an, daß die Kosten der Zuwanderung von Asylbewerbern selbst von Kritikern viel zu niedrig eingeschätzt werden.

Meist nennt man Zahlen zwischen 20 und 30 Mrd. DM im Jahr. Das wären allerdings, bei jährlich gleichbleibender Höhe der Kosten, in 10 Jahren mit Zins- und Zinseszinskosten auch schon 400 bis 600 Mrd. DM. Aber die genannte Summe würde in Wirklichkeit noch nicht einmal ausreichen, die *Kosten für Wohnungsmiete, Essen, Kleidung und Taschengeld* zu decken. Darüber hinaus gibt es noch viele weitere Kostenfaktoren. Vor allem sind die Infrastrukturinvestitionen zu bedenken, die für alle Einwanderer ergriffen werden müssen. Das sind z.B. *Investitionen im Wohnungsbau,* bei der *Energie-, Wasser- und Krankenversorgung,* bei *Kläranlagen, Müllentsorgung, Ausbau von Verwaltung* und *Polizei.* Daneben gibt es auch noch Ausgaben für *Instandhaltung und Betrieb*, die Kosten der *Ausländerkriminalität* (die Kosten der hierdurch angerichteten *Schäden* und die Kosten für die *Bekämpfung der Kriminalität durch staatliche und private Schutzmaßnahmen*), außerdem die Kosten der *Illegalität* von illegalen Einwanderern (1992 sollen es etwa 300 000 illegale Einwanderer gewesen sein), dann die Kosten für den *betrügerischen Mehrfachbezug von Sozialhilfe* (man schätzt, etwa 10-20% der Bezieher macht sich dieses Betrugs schuldig), schließlich die Kosten der *politischen Auseinandersetzungen* wegen des Überfremdungsproblems bis hin zu den Kosten, die in naher Zukunft bei *bürgerkriegsartigen Rassen- und Verteilungskämpfen* zu erwarten sind. Daneben sind außerdem stets die *Zins- und Zinseszinskosten* zu beachten, das wird meist völlig vergessen.

Nach offiziellen Angaben kamen zu uns im vergangenen Jahr* etwa 1.050.000 registrierte Asylbewerber, illegale Einwanderer und nichtdeutsche Flüchtlinge. Diese Zahl dürfte stark geschönt sein. Aber nehmen wir einmal an, sie sei zutreffend. Nehmen wir weiter an, daß sich die bisherige Praxis nicht grundlegend ändert, daß also die meisten Zuwanderer hier bleiben dürfen, und zwar 70%. Nehmen wir weiter an, die 30% Zuwanderer, die nicht hier bleiben, halten sich durchschnittlich ein Jahr lang im Land auf und ihr Wohnplatz wird in den nächsten Jahren von anderen Zuwanderern genutzt. Nehmen wir schließlich an, die Kosten der Infrastrukturmaßnahmen, die jeder Zuwanderer erfordert, betrügen in einem Zeitraum von 5 Jahren durchschnittlich 150.000 DM – was vermutlich viel zu niedrig angesetzt ist, in einer Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung war von etwa 300.000 DM die Rede – und die Ausgaben für die Instandhaltung und den Betrieb der Infrastruktur, für Essen, Kleidung, Heizung, Strom, Unterhaltung, Fahrt-

* Dieser Text erschien erstmals 1993.

kosten, Müllentsorgung, Taschengeld, Krankenversorgung, Schulbesuch, Dolmetscher, Mehrfachbezug von Sozialhilfe, Kriminalität, Schutzmaßnahmen gegen Kriminalität[*], Verwaltung, Gerichtsbarkeit u.a.m. betrügen im Monat durchschnittlich 2.000 DM, was auch viel zu niedrig sein dürfte. Dies ergäbe für die Zuwanderer aus 1992 in 5 Jahren insgesamt rund 253 Mrd. DM ohne die Zins- und Zinseszinskosten in Höhe von weiteren 120–140 Mrd. DM.[**] Würde die Zuwanderung in den nächsten 5 Jahren jährlich den gleichen Umfang wie 1992 haben, dann würden in diesem Zeitraum insgesamt noch weitere 836 Mrd. DM neue Kosten anfallen, ohne die Zinskosten in Höhe von vielleicht 280–340 Mrd. DM. Dazu kämen dann noch die „Altlasten", nämlich die Kosten der schon früher eingewanderten Migranten einschließlich der Zinskosten. Rechnet man nur die Neulasten, dann wären das in 5 Jahren, bei rund 5 Millionen Zuwanderern und 30% Abwanderungen nach durchschnittlich 1 Jahr, rund 1.500 Mrd. DM oder über 10% des Bruttosozialprodukts in der BRD (oder über 21.000 DM pro Kopf der deutschen Bevölkerung).

Ob die tatsächliche Kostenbelastung so groß oder noch größer oder aber kleiner ist, das ist im Rahmen dieser Abhandlung zweitrangig. Es geht hier um das von der „herrschenden Klasse" praktizierte *Prinzip*, nämlich um den *Multikultismus* in der BRD *zu Lasten des deutschen Volkes.*

Der *Multikultismus* wird in Verbindung mit dem *Raubkapitalismus und Sozialstaatsmißbrauch* des Westens die Wirtschaft der BRD ebenso zugrunderichten, wie das der Sozialismus in der DDR fertigbrachte, wo Wohnungen und Essen subventioniert wurden und jeder mit Arbeit und Lohn versorgt wurde, ohne daß genügend geprüft wurde, wie volkswirtschaftlich sinnvoll und wie effektiv die Leistung der Beschäftigten und der Betriebe jeweils war. In der DDR kam aber diese Art des Wirtschaftens wenigstens noch allen Deutschen zugute. In der BRD geht es hingegen nicht nur debiler und räuberischer zu, hier dient der „realexistierende Kapitalismus" mit seinen sozialistischen Maskierungen, seiner barocken Hofschranzentätigkeit und seinen heuschreckenmäßigen Abräumkommandos nach dem Muster der *Treuhand* (wenn die Bezeichnung „Treuhand" kein Paradebeispiel für allerfrechsten Sprachmißbrauch der „herrschenden Klasse" ist!), und der quasifaschistischen Endlösung gemäß Maastricht immer weniger dem Volk, dafür bestimmten Gruppen, seien es Kirchen, Konzerne und Verbände, die sich subventionieren lassen, seien es Deutsche, die sich in die soziale Hängematte legen, seien es ausländische Kriminelle, die bei uns als Mitbürger gastieren, seien es Asylbe-

---

[*] In der BRD soll es inzwischen fast doppelt soviel Wachdienstleute geben als Polizisten. Dazu kommen natürlich die Kosten technischer Schutzmaßnahmen gegen Einbruch, Brandstiftung, Überfall usw. Jährlicher Gesamtaufwand schätzungsweise 40–60 Mrd. DM!

[**]

a.	1.050.000 x 0,7 x 5 x 12 x 2.000	=	88.200.000.000 DM
b.	1.050.000 x 0,3 x 12 x 2.500	=	7.560.000.000 DM
c.	1.050.000 x 150.000	=	157.500.000.000 DM
Summe aus a+b+c:		=	253.200.000.000 DM

trüger und Spekulanten, die es sich bei uns wohl sein lassen, oder seien es unsere Freunde aus Brüssel und sonstwoher samt ihrem ganzen liebreizenden Rattenschwanz von Hand- und Sackaufhaltern.

2. Die Zuwanderer benötigen die meisten Infrastruktur-Investitionen kurzfristig, vor allem den teuersten Teil der Maßnahmen: die Wohnraumbeschaffung. Dort ist die Lage auch für die eingesessene Bevölkerung, vor allem dank der hohen jährlichen Zuwanderung, schon schwierig genug. Zugleich tragen die Zuwanderer nicht, wie die eingesessene Bevölkerung, durch Arbeit dazu bei, daß die von ihnen verursachten Kosten wenigstens teilweise durch Eigenleistungen ausgeglichen und der Rest längerfristig finanziert wird. Würde jeder Zuwanderer bei uns einen eigenen Produktionsbeitrag leisten, der durchschnittlich jenem entspräche, der von den Einheimischen erbracht wird, dann hätte er vermutlich nach 15-18 Jahren, friedliche Verhältnisse vorausgesetzt, über Steuern und auf andere Weise die von ihm beanspruchte *Grundlage seines Lebensplatzes* in diesem Land finanziert. Da die Leistungen, die für die Zuwanderer zu erbringen sind, ständig steigen, die Zuwanderer aber kaum eigene Leistungen beisteuern, ist von dem Ertrag, den die einheimische Bevölkerung und die Natur bei uns erwirtschaftet und unsere Vorfahren erwirtschaftet hatten, ein immer größer werdender Anteil an die Zuwanderer abzuführen, wobei die Abführung durch die weitere Zuwanderung und durch den Zinseszins exponentiell anwächst und schließlich Staat und Wirtschaft immer mehr stranguliert. Mit anderen Worten: die Größe des produzierten Kuchens bleibt weitgehend gleich, aber die Zahl der Kuchenesser steigt, und wenn erst die Strangulierung zu eng wird, schrumpft obendrein auch noch die Größe des Kuchens. Und das bedeutet:

- Der Staat muß die direkten und indirekten Steuern sowie die Abgaben immer mehr erhöhen, also das Volk verstärkt ausplündern.
- Der Staat muß Staatseigentum, also Volkseigentum, verkaufen, um zusätzlich zu Geld zu kommen. Das geschieht derzeit mit dem Verkauf von Bahn, Post, verschiedenen Staatskonzernen, ehemaligen VEB-Betrieben, Grundstücken, Gebäuden, Gold- und Währungsreserven, Auslandsguthaben, Waffen (vor allem der ehemaligen NVA). Weitere Verkäufe sind im Gespräch, z. B. die Autobahnen. Das alles stellt nichts anderes dar als eine *verdeckte Ausplünderung des Volkes.* Denn es handelt sich um Volkseigentum, das verscherbelt wird, ohne daß der Erlös dann in die Taschen des Volkes fließt. Obendrein sind solche Verkäufe mit erheblichen *Kostenerhöhungen und Leistungskürzungen bei allen verkauften Dienstleistungsbetrieben* verbunden, da die Käufer dieser Unternehmen den Kauf durch erhöhte Gewinne finanzieren müssen.
- Der Staat muß *vorhandene Staatspapiere verkaufen und neue schaffen und diese ebenfalls verkaufen.* Die Steigerung der Ausgabe von Staatspapieren bei gleichzeitig wachsendem Verkauf von Staatseigentum ist *Betrug und abermals Ausplünderung.*
- Der Staat muß den *Geldumlauf aufblähen,* was die Inflation fördert und damit in einer zusätzlichen Weise das Volk *ausplündert.*

- Der Staat muß das *Ausland anzapfen* (z.B. durch Transitgebühren).
- Der Staat muß in Absprache mit anderen machtpolitisch führenden Staaten *betrügerische Wechselkurse gegenüber schwächeren Staaten* festsetzen. Das geschieht z. T. schon seit langem, vor allem gegenüber dem europäischen Osten und der Dritten Welt. Auf diese Weise werden sogar noch andere Völker ausgeplündert.
- Der Staat muß *Leistungen kürzen*: Das betrifft vor allem Leistungen für die einheimische Bevölkerung, insbesondere in folgenden Bereichen: *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Erziehungswesen, Kultur, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Familien- und Mutterschaftshilfe, Kindergeld, öffentliche Dienste, Kriminalitätsbekämpfung, Verteidigung, Umweltschutz, Forstwirtschaft, Subventionen, Aufbau Ost* u.a.m. Ein Teil der Kürzungen führt abermals zu einer *verdeckten Ausplünderung der Bürger.*
- Es kommt zu einer weiteren *verdeckten Ausplünderung* der Einheimischen *durch allgemeine Preissteigerungen,* die zur Finanzierung der Kostensteigerungen (vor allem auf dem Wohnungsmarkt) dienen sollen, sodann durch *Lohn- und Rentenerhöhungen, die niedriger sind als die Inflationsrate,* außerdem durch *Steigerung der Arbeitslosigkeit,* durch Vermehrung der *Zwangsversteigerungen und Konkurse,* durch *hohe Zinsen.*

Betrachten wir außerdem ein Beispiel, die Wohnkostenfrage. Es ist völlig falsch, bei der Berechnung der Kosten der Zuwanderung nur die bloße Miete im Jahr zu rechnen. Wir haben zu wenig Wohnraum im Land. Würden hier im Lande nur Deutsche wohnen, hätten wir eine Bevölkerungsschrumpfung und daher keine Wohnungsnot. Durch den Bevölkerungszuwachs und durch zunehmende Baufälligkeit von Häusern haben wir jedoch zu wenig Wohnraum. Das treibt die Mietpreise hoch, wäre gesamtwirtschaftlich gesehen aber nicht so schwerwiegend. Es muß aber zugleich auch noch verstärkt zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Das kostet Geld, und zwar sehr teures Geld, nämlich nicht nur eine Jahresmiete, sondern vielleicht 15–20 Jahresmieten: nämlich bis zur Amortisation der Bau- und Instandhaltungskosten. Wenn also die durchschnittliche Jahresmiete für den Wohnplatz eines Zuwanderers vielleicht 3.000 DM beträgt, dann muß dieser Platz sofort nutzbar sein, und nicht in zwanzig jährlichen Raten. Das heißt, es muß in den Wohnungsbau investiert werden. Dann waren aber für die Migranten aus 1992 nicht etwa 3.000 DM Wohnungsmiete je Person auszugeben, sondern viel mehr, vielleicht 40.000 DM an reinen Baukosten, wozu dann noch die Zinseszinskosten in diesem und in den folgenden Jahren kommen (bei einer Laufzeit von 20 Jahren bis zur vollen Amortisation sind das vielleicht rund 100.000 DM Kosten, nicht gerechnet die Nebenkosten wie Heizung, Strom, Wasser, Müllabfuhr, Renovierung). Finanziert wird das vor allem durch staatliche Zuschüsse und über eine allgemeine Wohnraumverteuerung, also wiederum durch Ausplünderung. Wenn die allgemeine Wohnraumverteuerung im Verlauf unseres bisher genommenen Berechnungszeitraums von 5 Jahren insgesamt 30% betrüge (eine vermutlich optimistische Einschätzung), wenn man außerdem annimmt, daß jeder Bundesbürger

derzeit im Durchschnitt ebenfalls 3.000 DM im Jahr für die Miete seines Wohnplatzes ausgibt, dann ergäbe das für die einheimische Bevölkerung in 5 Jahren eine zusätzliche Belastung von über 250 Mrd. DM einschließlich Zinskosten.

3. Das Problem in diesem Land sind nicht so sehr die Migranten. Denn diese tun überwiegend nur das, was man sie tun läßt. Das Problem sind vor allem jene Personen, die den Strom der Zuwanderer zugelassen oder gar gefördert haben, und die nun das Verhalten dieser Zuwanderer konditionieren möchten. Diese Personen sitzen in der Regierung, in der angeblichen Opposition, in den Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Logen und anderswo. Sie lassen eine schleichende Besetzung des Landes durch Fremde zu, wobei diese Fremden auch noch ähnlich wie Besatzer leben: Sie zeigen eine extrem hohe Kriminalitätsrate - angeblich um mehr als das Zehnfache höher als bei den Einheimischen [3] und natürlich betätigt sich diese Kriminalität überwiegend auf Kosten der Einheimischen - und sie leben im Lande oft ohne eigene Arbeitsleistung, also auch in dieser Hinsicht wie Besatzer auf Kosten der Einheimischen.

4. Das Problem der Kriminalität der Migranten wird noch dadurch verschärft, daß die meisten Migranten im Widerspruch zum Ausländergesetz auch dann nicht abgeschoben werden, nachdem sie als Straftäter aufgetreten sind. Das beweist, daß die Regierenden sogar Ausländer, die kriminell sind, gegen die Fortexistenz des deutschen Volkes einsetzen. Damit machen sie sich aber zu *Verbündeten* dieser Straftäter.

5. Die Personen, die diese Entwicklung ermöglicht haben, sind somit hauptverantwortlich für eine ganz neue Form organisierter Kriminalität: Diese organisierte Kriminalität besteht

- erstens in der Freigabe einer Landnahme durch fremde Zuwanderer, was zu einer Einschränkung des ohnehin schon viel zu knappen Lebensraums für die Deutschen führt;
- zweitens in der damit zusammenhängenden Einschränkung bis teilweisen Zerstörung der Möglichkeiten zur Selbsterhaltung und Selbstbestimmung der Einheimischen;
- drittens in der damit verbundenen Erodierung der Identität und Zusammengehörigkeit der einheimischen Ethnie, was nach dem geltenden Völker- und Verfassungsrecht unter den Begriff Völkermord fällt, da diese Zerstörung zwangsweise und gegen den Willen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes stattfindet;
- viertens in der weitgehenden Zerstörung der Identität der zuwandernden Fremden durch „Integration“, also durch An- und Einpassung in die herrschende Gesellschaft, ein Vorgang, der dem verwandt ist, der während des Zweiten Weltkriegs gegenüber Volksbestandteilen im Osten stattfand und den man „Germanisierung“ zu nennen pflegt, was ebenfalls eine Form des Rassismus darstellt und unter den Begriff Völkermord fällt;
- fünftens in der weiteren Steigerung der Überbelastung des hiesigen Ökosystems durch zu hohe Bevölkerungsverdichtung;

- sechstens in der wachsenden Ausplünderung der Einheimischen durch die Fremden über eine von der Regierung erzwungene weitgehend Versorgung der Fremden durch die Deutschen ohne Gegenleistung;
- siebtens in der hierdurch mitbedingten Herbeiführung einer Überbelastung der Wirtschaft, was im Zusammenhang mit den sonstigen Überbelastungen (Aufbau Ost, zu hohe Arbeitslosigkeit, EG-Zusammenschluß, Wiederaufnahme der Reparationszahlungen aus dem „Versailler Vertrag" u.a.m.) einen wirtschaftlichen Kollaps heraufbeschwört;
- achtens in der durch den heraufbeschworenen Kollaps bedingten Zerstörung eines beträchtlichen Teils einheimischer Vermögen, Betriebe, Arbeitsplätze und Lebensmöglichkeiten;
- neuntens in der Auslieferung der Einheimischen an die Kriminellen unter den Fremden, wobei die meisten Kriminellen nicht einmal dann abgeschoben werden, wenn sie rechtskräftig verurteilt wurden;
- zehntens in der durch diese Entwicklung entstehenden politischen Destabilisierung und Radikalisierung, die zu allem Überfluß auch noch Wasser auf die Mühlen der Gegner Deutschlands im In- und Ausland leitet;
- elftens in der Heraufbeschwörung von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in naher Zukunft, was dann zur Verletzung oder gar zum Tod vieler Beteiligter und zu umfangreichen weiteren psychischen und materiellen Zerstörungen führen wird und obendrein militärische Eingriffe von außen heraufbeschwören könnte.

6. Dazu kommt obendrein eine zweite Form der organisierten Kriminalität: Sie besteht in der Verdächtigung und Verfolgung der Abwehr der erstgenannten Form. Und zwar wird diese Abwehr als rechtsfeindlich und rassistisch verfemt, was die Dinge auf den Kopf stellt. In Wirklichkeit sind gerade die beiden genannten Formen der Kriminalität Ausdruck der Rechtsfeindlichkeit und des Rassismus – nämlich eines vorrangig inländerfeindlichen, aber auch eines ausländerfeindlichen Rassismus.

7. Daraus folgt: jeder – ausnahmslos jeder - der für diese Entwicklung eintrat oder eintritt, sie förderte oder fördert, war oder ist beteiligt an einer nach Artikel 9 II GG. und § 220a StGB. verbotenen verfassungs- und strafgesetzwidrigen Vereinigung. Nach Art. 9 II GG wurden schon mehrere Vereinigungen für verboten erklärt, z. B. die KPD und SRP. Man nenne mir Gründe, weshalb das nicht auch für andere Parteien maßgebend sein soll?

8. Die vorstehende Beurteilung, die nach den geltenden Rechts- und Moralnormen getroffen wurde, wird nicht außer Kraft gesetzt durch die Tätigkeit von politisch „rechts" stehenden Personen, die nicht in rechtsförmiger Weise, sondern mit Gewalt gegen diese Entwicklung vorgehen. Denn es ist klar, daß in dieser Sache die zentrale Quelle der Gewalt nicht in der Gewalttätigkeit einiger Rechtsextremisten zu suchen ist, sondern im radikalen und umfassenden Gebrauch von Gewalt gegen das gesamte Volk, insbesondere seitens der Staatsführung, der Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Geheimbünde.

9. Das heißt: in der „Ausländerproblematik" sitzen die kriminellen Haupttäter in Bonn, in den Medien und in den meisten Massenorganisationen. Ihre verdeckte bis offene Gewaltanwendung gegen die Interessen der Inländer ist sogar die Ursache der rechtsradikalen Gegengewalt. Und sie ist im Umfang_und in den Folgen erheblich größer als die der kriminellen Täter von Mölln, Rostock und Hoyerswerda. Dazu kommt, daß es inzwischen erwiesen ist, daß ein Teil dieser rechtsradikalen Gewalttaten von Agenten und Fernsehteams organisiert wurde und wohl noch wird.

10. In Frankreich erhält ein Asylant sechs Monate lang umgerechnet etwa 400 DM im Monat, in Italien sind es nur 150 DM [4], in Deutschland je nach Aufenthaltsort sehr viel mehr, zum Teil bis zu 3000 DM. Es ist klar, daß hierdurch der Strom der Fremden nach Deutschland gelenkt wird. In Italien und Frankreich sinken die Zuwandererzahlen, in Deutschland steigen sie. Wieso ist eine so unterschiedliche Handhabung innerhalb der EG möglich? Wieso kommt fast keiner der Verantwortlichen in Deutschland auf die Idee, hier irgendeine Form der Gleichbehandlung zu fordern? Wieso wird von den Medien und Politikern die extreme Großzügigkeit der Deutschen nicht als gewichtiger Beweis für die „Ausländerfreundlichkeit" der Deutschen gewertet? Wieso werden stattdessen einige ausländerfeindliche Gewalttaten, die in anderen Ländern ähnlich häufig oder sogar noch häufiger erfolgen, insbesondere in Frankreich, England, USA und Israel, so aufgebauscht? So sehr aufgebauscht,

- daß im Ausland sich eine neue Welle der Deutschenhetze entwickeln konnte,
- daß unter der Führung der israelischen Erziehungsministerin ein internationaler Boykott der Deutschen gefordert und organisiert wurde,
- daß ein Ralph Giordano die Bewaffnung der Juden in der BRD gegen die Deutschen verlangte,
- daß ein Alfred Biolek erklärt: *„Eher sollte die Atombombe auf dieses Land* [Deutschland] *fallen und dem Erdboden gleich machen, als daß wir nochmal in eine Situation kommen wie vor 40 Jahren"*, [5]
- daß mit Billigung der israelischen und ohne Widerstand der deutschen Regierung israelische Mord-Kommandos nach Deutschland geschickt werden sollen, um rechtsgerichtete Deutsche zu liquidieren, [6]
- daß sich die Bundesregierung von der rechtsradikalen und terroristischen jüdischen ADL (*Anti-Defamation-League*), der Kontrollorganisation der *Kach*, ein sogenanntes *„Erziehungsprogramm"* für die weitere Programmierung der Deutschen auf Selbstzerstörung liefern ließ. [7]

Das alles sind doch nur Beweise eines antideutschen, auf einer zutiefst verlogenen Grundlage fußenden Rassismus!

11. Im übrigen ist zu fragen: Haben die Deutschen kein Recht auf Notwehr? Haben die Deutschen das kriminelle Treiben gegen ihre zentralen Lebensinteressen durch die Machthaber im In- und Ausland geduldig hinzunehmen, wie Schafe auf der Schlachtbank? Natürlich haben sie ein Recht auf Notwehr! Niemand braucht

die Bedrohung oder gar Vernichtung der kulturellen, rechtlichen, wirtschaftlichen und ethnischen Existenz der eigenen Person und Gemeinschaft hinzunehmen! Wer diese Bedrohung erzeugt und Vernichtung betreibt, der ist der Rassist, nicht der, der sich hiergegen wehrt! Wenn die Regierung den ablehnenden Willen des Volkes unter Anwendung von Demagogie, Zwang und Gewalt mißachtet, hat sie die Loyalität und die Rechtstaatlichkeit gegenüber dem Volk aufgekündigt, den Charakter einer verfassungs- und strafgesetzwidrigen, nach Art. 9 II GG. verbotenen Vereinigung angenommen und damit das Widerstandsrecht gegen sich und ihr Treiben aktualisiert.[8] Sie darf gemäß Artikel 20 GG. sogar mit Gewalt gestürzt werden, wenn eine andere Form der Abhilfe nicht mehr möglich ist. Ist eine andere Form der Abhilfe noch möglich? Wir werden sehen. (Um Mißverständnissen vorzubeugen, verweise ich jedoch auf meinen Aufsatz in diesem Buch, in dem ich aus grundsätzlichen, nämlich moralischen und politischen Gründen jede Art der gewaltsamen Eroberung von Machtpositionen im Staat verwerfe. Wir müssen einen gewaltfreien Weg gehen.)

12. Wer in der Ausländerfrage die Schuld für die Eskalation der Gewalt nur bei den sogenannten rechtsextremistischen Gewalttätern sieht, handelt unredlich, dient einer Legendenbildung zum Schutz der Haupttäter und verhindert die dringend notwendige Umkehr und Heilung.

13. Die Behauptung ist unwahr, die sogenannten Rechtsextremisten bedrohten mit ihrer Gewalt gegen Ausländer den Bestand des Rechtsstaates. Ein kleiner machtloser, nicht allzu intelligenter Haufen Extremisten soll in der Lage sein, die Herrschaft über diesen Staat zu übernehmen? Das ist lächerlich. Außerdem sind diese Extremisten überwiegend ein Produkt der bei uns herrschenden Verhältnisse. Daher sollten sich die Schöpfer dieser Verhältnisse an die eigene Brust fassen, vorab die Regierung, die Opposition und die Medien, dann die dahinterstehenden Banken, Konzerne, Logen und Gewerkschaften, schließlich die einflußnehmenden Machtgruppen im Ausland, insbesondere in USA und Israel. Diese repräsentieren die Macht im Staate. Diese sind die eigentlichen Macher der Gewalt, nämlich der Gewalt gegen das Deutsche Volk. Diese sind daher auch hauptverantwortlich für die rechtsradikale Gegengewalt. Und diese sind es auch, die den Rechtsstaat bedrohen! Daran ändern die ständigen Bekenntnisse dieser Kreise zu Toleranz, Verständigung, Hilfsbereitschaft, Antifaschismus oder Rechtsstaatlichkeit rein gar nichts. Diese Bekenntnisse sind bestenfalls geeignet, denkunfähigen Anhängern gegenüber Schuld zu verschieben und Schuld zu verdrängen. Aber sie sind kein Mittel zur Heilung. Wer anderes behauptet, irrt. Und wenn er bewußt an der Entwicklung des ganzen Szenarios beteiligt ist, vielleicht sogar davon profitiert, dann sagt er sogar bewußt die Unwahrheit.

ANMERKUNGEN

1 BVerfGE 1977, S. 137 ff. (Mohr, Tübingen, 1988).

2 Roland Bohlinger, als Vorsitzender des *Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands*: „Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, betreffend Beteiligung

von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen", Struckum, 11.6.1991, S. 4, abgedruckt u.a. in: Roland Bohlinger, *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte? - Verfassungshüter im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe. Meine Auseinandersetzung mit dem Innenminister in Schleswig-Holstein*, Viöl 1994, Teil 1, S. 75 ff.

3 Laut dem ehemaligen Generalbundesanwalt Rebmann - veröffentlicht in einem Leserbrief in der *Welt* vom 5.1.1993 - sind etwa 26% der Asylbewerber 1991 (ein- oder mehrfach) straffällig geworden. Da die Aufklärungsquote bei allen Straftaten im Durchschnitt schon weit unter 50% liegt, bei Ausländern, insbesondere bei Asylmigranten sogar noch erheblich geringer, außerdem viele Delikte gar nicht zur Anzeige kommen - z.B. werden weniger als 5% der Ladendiebstähle angezeigt, weniger als 10% der Vergewaltigungen usw., muß zur ungefähren Erfassung der Gesamtzahl *aller straftätig gewordenen Personen*, also der erkennbar und der nicht erkennbar straffällig gewordenen Personen, die Zahl der als sogenannte Straftäter erfaßten Personen mehr als verdoppelt werden. Das heißt, auf der Basis der Angaben von Rebmann, wären unter den Asylmigranten weit mehr als 50% als Straftäter zu vermuten. In meiner 1993 erschienenen Untersuchung zur Kriminalität von Asylmigranten (Roland Bohlinger: *Vorstudie zur Kriminalität unter Asylbewerbern*, NATION 4-5/1993) habe ich aufgrund umfangreicher, mir vom Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellter Unterlagen festgestellt, daß eindeutig weit mehr als 50%, und zwar 52-90,8% der Asylmigranten straftätig geworden sind (Hochrechnung unter Einschluß der verschiedenen vorhandenen Dunkelziffern, Ungenauigkeiten entstanden aufgrund fehlender Genauigkeit bei den vorhandenen Dunkelziffern und der Häufigkeitsverteilung bei Kindern, Erwachsenen u.a.m.). Dazu paßt auch die Meldung, daß inzwischen *„mehr als 42 Prozent aller nichtdeutschen Straftäter von öffentlichen Kassen unterstützte Asylbewerber"* seien (*Die Welt*, 7.3. 1994, s. ID-0100). Noch deutlicher ist eine andere Zahl: In der gleichen Meldung wird berichtet, daß im vergangenen Jahr (1993) *„rund 75 Prozent der dort registrierten Rumänen kriminell wurden."* Unter Berücksichtigung der Dunkelziffern in bezug auf nicht gemeldete Straftaten und die geringe Aufklärungsquote, dürfte somit die tatsächliche Zahl der Straftäter unter den sogenannten Rumänen deutlich über 90% liegen. Und da man Kinder und alte Leute nicht mitrechnen kann, dürfte sich die Zahl auf nahezu 100% erhöhen. Ähnliche Quoten dürften unter den „Russen" vorliegen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß schon mehrfach Beweise aufgetaucht sind, daß die statistischen Angaben bzgl. der Ausländerkriminalität schon seit Jahren zugunsten der Ausländer verfälscht werden.

4 Mitteilung des Münchner SPD-Oberbürgermeisters Kronawitter auf dem Bundes-Sonderparteitag der SPD zur Asylfrage, zitiert nach *Deutschland-Magazin*, 12/1992, S. 16.

5 Äußerung Alfred Bioleks in der Berliner Tageszeitung *B.Z.* am 31. 10.1992, Faksimile in der NATION 10-11/1992.

6 Siehe dazu die Veröffentlichungen in NATION 1-2/1993 und 3/ 1993.

7 Siehe Bericht von Zeev Barth: „US-Hilfe beim Erziehungskonzept gegen Intoleranz - ADL-Delegation kommt", in: *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 7.1.1993.

8 Zur rechtlichen Situation siehe hierzu u. a. meine Schrift: *Die Illoyalität des Staates auf dem Gebiet der atomaren Kontroverse und das Recht zum Widerstand*, Reihe *Kernpunkte*, Heft 4, Wobbenbüll 1982.

Nachbemerkung

Sind unserer Regierung kriminelle Ausländer besonders erwünscht?

Fast jeder straffällig gewordene Skinhead wird gleich von mehreren Ämtern, Behörden und Institutionen dieser Republik unter der Rubrik „rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter“ statistisch erfaßt. Dem Medienpublikum wird dann mithilfe solcher statistischer Erfassung bei fast jeder Gelegenheit das ganze „erschrekkende Ausmaß rechter Brutalität“ vor die gläubigen (oder auch ungläubigen) Augen und Ohren geführt.

Die in den Kriminalitätsstatistiken der bundesdeutschen Polizeipräsidien dokumentierte Kriminalität unserer ausländischen Mitbürger ist hingegen kaum der Rede wert. Bereits im Aufklärungs- und Erfassungsbereich leistet sich unser schieflagiges System Unterlassungssünden, die nurmehr mit einem mangelnden Willen zur Aufklärung einerseits und dem Willen zur Umfälschung der Wirklichkeit andererseits – übrigens ein Standardverhalten der führenden Kaste auf fast allen Gebieten – erklärt werden können.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim *Bundesminister des Innern*, Lintner, hat die Anfrage des Abgeordneten Harries (CDU/ CSU-Fraktion), ob der Bunderegierung bekannt sei, wie viele Ausländer im Durchschnitt der letzten Jahre wegen nachgewiesener Kriminalität ausgewiesen worden sind, am 24. April 1992 vor dem Plenum des Hohen Hauses abschlägig beantwortet. Zwar wurde die Zahl aller ausgewiesenen Ausländer genannt: 24.845 im Zeitraum vom 1. Januar 1987 bis Ende Juni 1991. Ausweisungsgründe ließen sich jedoch, so Staatssekretär Lintner, nicht feststellen. Offenbar interessiert es unsere Regierung überhaupt nicht, was in unserem Lande von kriminellen Ausländern angerichtet wird und ob diese Personen dann auch – nach den Bestimmungen des Ausländerrechtes – abgeschoben werden. Hierfür stehen der Regierung, laut Lintner, keine Erkenntnisquellen zur Verfügung. Daher könne er *„nicht sagen, wieviele Ausländer in den letzten Jahren ausgewiesen wurden, weil sie im Bundesgebiet straffällig geworden und rechtskräftig verurteilt worden sind“.*

Diesen Tatbestand entnehmen wir der Zeitschrift des Bundesinnenministeriums *Innere Sicherheit*, vom 31.8.1992.

Bleibt noch nachzutragen: Die Zahl ausländischer Straftäter liegt um mehr als das *Fünfzigfache* höher, als die Zahl der insgesamt ausgewiesenen Ausländer. Daraus folgt: unsere Regierenden weisen die meisten ausländischen Straftäter *entgegen den geltenden Bestimmungen des Ausländerrechts* nicht aus. Ich wiederhole: Entgegen den geltenden Bestimmungen des Ausländerrechts. Prüft man nach, stellt man fest: unsere Regierenden pflegen dieses Verhalten auch gegenüber Ausländern aus sogenannten Nichtverfolgungsstaaten. Aber wieso? Es ist doch klar, daß ein Staat, der den Anspruch erhebt, ein Rechtsstaat zu sein, für die *Aufrechterhaltung der Rechtsordnung* zu sorgen hat. Warum geschieht das nicht? Warum bürden die Regierenden dem *Volk* einen *Bruch der Rechtsordnung zugunsten ausländischer Straftäter* auf? *Sind Leben, Gesundheit und Eigentum jener deutschen Bürger, die Opfer ausländischer Straftäter werden, weniger wert als der gesetz-*

widrige Aufenthalt dieser Straftäter? Und warum laden die Regierenden dem Volk die Kosten dieser Bürde auf? Die Kosten umfassen jedes Jahr vielleicht 30-40 Milliarden DM, für vorbeugende Schutzmaßnahmen, für Versicherungen, Strafverfolgung, Schadenersatz, Sozialhilfen u.a.m., während für viele wirklich wichtige Aufgaben, z.B. für die Unterstützung werdender Mütter, für Erziehungsgeld, Kindergärten, Gesundheitsvorsorge u.a.m. zu wenig Geld da ist. Warum also fühlt man sich ausländischen Straftätern mehr verbunden als den Inländern und dem Rechtsstaat? Sind die ausländischen Straftäter Verbündete unserer Regierenden? So sieht es fast aus! Wenn nicht, weiß jemand eine andere Erklärung? WEIß IRGENDJEMAND EINE ANDERE ERKLÄRUNG?

Und wofür sind die ausländischen Straftäter Verbündete? Beim gemeinsamen Begehen von Straftaten? Aber dazu benötigen die Regierenden keine ausländischen Straftäter, da sind sie sich selbst genug, von ganz bestimmten Straftaten einmal abgesehen, z.B. politische Randale und Gewalt gegen oppositionelle Gruppen, da lieben sie es, andere vorzuschicken, die Antifa, VS-Leute, Fernseh-Teams. Aber vielleicht sollen sie einfach als *Ausländer* zur Verwirklichung der propagierten *multi"kulturellen" Gesellschaft* beitragen? Denn ohne eine große Zahl von Ausländern im Land klappt es ja nicht so richtig mit der angestrebten Durchsetzung der Multikultur. Aber zur Steigerung der Zahl von Ausländern im Land braucht man doch nicht solche mit *kriminellen* Neigungen? Muß das nicht zur Minderung der moralischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Qualität führen, die man mit der Durchsetzung der Multikultur doch gerade zu heben behauptet!? GEHT ES ALSO UM ETWAS ANDERES, VIELLEICHT UM EINE ART UMGEDREHTEN NAZISMUS?

STATT HOCHZUCHT NIEDERZUCHT?

Hu! Ein Windstoß in der öffentlichen Gesinnungsgruft-Kapelle. Alle Denklichter geh'n aus.

Doch es hilft nichts. Auch im freiheitlich-demokratisch-gruftgeordneten Dunkelmunkel trägt die Anhäufung krimineller Ausländer – vom Gesichtspunkt der tatsächlichen Folgen her gesehen – zu derart umgedrehtem Nazismus bei. Nein? Das wäre ein Widerspruch zur geltenden ideologischen Grundordnung? Tatsachen, die solchen Widerspruch erzeugen, können daher offenkundig keine Tatsachen sein? Offenkundig richtig sei die geltende ideologische Grundordnung, das bedürfe keines weiteren Beweises, entgegenstehende Tatsachen seien es hingegen nicht, sie seien daher ganz offenkundig ein *Irrtum des Betrachters* oder ein *Irrtum der Wirklichkeit*? Ach ja, ich erinnere mich. Das war ja immer schon so in Dunkelmunkelstaaten. Wie konnte ich das vergessen! Die herrschende Ideologie bestimmt die Wirklichkeit. Daher sind Tatsachen stets suspekt, so etwas wie Boykottpropaganda, Volksverhetzung, irgendeine Art Extremismus. Ja, richtig: das genau ist es, es ist irgendeine Art von Extremismus, es ist *Rechtsextremismus*! RECHTSEXTREMISMUS! Wer Tatsachen gegen die geltende ideologische Grundordnung anführt, handelt RECHTSEXTREMISTISCH. Und wer RECHTSEXTREMISTISCH handelt, handelt falsch, verboten, ihm muß es UNMÖGLICH GEMACHT WERDEN, ZU EXISTIEREN (Elie

Wiesel, siehe Zitat auf S. 62 dieses Buches). Genau, nur so bekommen wir Ordnung in das Chaos!

Aber – nur einmal so angenommen, etwa in Anlehnung an Giordano, Hurwitz und ihre Mitstreiter – der *Nazi wäre in uns immer noch virulent,* natürlich in verkappter, in umgestülpter Form, vielleicht als Musterdemokrat? Oh, jetzt gehen die Denklichter – oder ist's nur die Kapellenbeleuchtung? – wieder an! Die Anrufung des großen Beelzebub ist's, des Nazi in uns, des großen Virus-Bombastus, des überall virulierenden, vampirenden, vagabundierenden ist's, was den Geist in der Gruft wieder belebt. *Huhu* ruft er, *hier bin ich! Euer Blut komme über mich, damit ich wieder auferstehe und durch Euch lebe!* Ein dämonisches Wabern weht durch die Gruft-Kapelle. Der Küster schwenkt schnell den Weihrauchkessel, der Priester faßt ängstlich den demokratischen Wackerstein, den er statt eines Kreuzes auf der Brust trägt, verteilt dann hurtig an seine Gemeinde beschwörende Worte und buntes Drogen-Naschwerk. Alles beginnt am Naschwerk zu lutschen, beseligt sich und wartet gespannt auf die antifaschistische, fortschrittliche Denktat des anscheinend bekehrten Ketzers. Hier ist sie als Rede in der großen Seelenleichen-Gruft:

Die Deutschen sind immer noch Rassisten (*Tobender Beifall!**). Sie sind immer noch für „juden-rein“ und ganz allgemein für „ausländer-rein“ (*Tobender Beifall!**). Einzige nach der Befreiung hinzugekommene Variation: „rein“ hat jetzt den Sinn von „herein“ (*Andächtiges antifaschistisches Staunen mit lustvoll-verzücktem Kopfnicken. Das Lutschen am Naschwerk geht vielfach in lautes Schmatzen und genußvolles Grunzen über**). Und daher: wie wäre es mit einer neuen, einer *antifaschistischen* Stiftung „Lebensborn“**? (*Tobender Beifall!**) Wie, das bräuchte es überhaupt nicht? Die ganze Republik sei bereits eine solche Stiftung, in Hessen gedeihe bereits über ein Drittel als ausländischer Lebensborn? (*Tobender Beifall! Dazwischen mischt sich orgiastisches Stöhnen. Lustvoll rufen einige: Oh Marx, andere Beate Uhse, Elvis, einige sogar Helmut!**), Die Republik ist sogar noch mehr? Eine Stiftung für „multikulturelle“ Befreiung, z.B. von den Fesseln einseitig deutschen Rechts (*Das Stöhnen und Anrufen von Namen schwillt an**), den Fesseln faschistischer Monokultur (*Das Stöhnen nimmt weiter zu, einige beginnen, sich verzückt und schreiend auf dem Boden zu wälzen oder fallen sich mit verdrehten Augen gegenseitig in die Arme, es ist wie bei einer exorzistischen Erweckung**), den Fesseln faschistischer Ordnung (*Das Stöhnen geht in rythmisches Schreien über, einige reißen sich die Kleider vom Leib, wedeln damit herum, ich komme fast nicht mehr zu Wort**) und den Fesseln – hm, hm – hm – einseitiger – Rasse? (*Plötzlich Totenstille. Alles hält inne. Offenbar ein allgemeiner complexus interruptus. Die Reste des Naschwerks fallen zu Boden. Einige anwesende regierungsamtliche Wächter beginnen vor Todesangst zu klappern: horrible dictu, er hat das Totgedachte, Totgeglaubte, Totverdammte, er hat ein Stück Ruch des Leibhaftigen, des Teufelseibeiuns, des Glybberbybber, des Virus-Bombastus-Bombastissimus beim Namen genannt! Das Klappern nimmt zu, schließlich klappert die ganze Gemeinde. Es klingt nun fast wie das Klappern einer aufgeregten Horde Klapperschlangen. Doch nun bin ich nicht mehr zu aufzu-*

halten...) Da dieses Ziel *offensichtlich* ein rassistisches und imperialistisches darstellt (*Kein Beifall, die libido ist weg, drohendes antifaschistisches Schweigen**) und *offensichtlich* nach dem geltenden Recht, wenn auch nur nach dessen *Wortlaut*, als verfassungs- und strafgesetzwidrig anzusehen ist (siehe Teso-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, siehe § 220a StGB., siehe die UNO-Konvention gegen Völkermord) (*Es beginnt ein wildes Pfeifen, Schreien und Trommeln, immer mehr skandieren „Faschisten raus!"**), ist es da nicht ganz stimmig, wie bei früheren Revolutionen die Mitwirkung von Straftätern und in diesem Fall vorzüglich solche von ausländischer biologischer Qualität zu organisieren, sozusagen als den „revolutionären" Mob von unten, den der Mob von oben für sein geplantes Bürgerkriegsszenario, seine völlige Machtergreifung und seinen radikalen Verfassungsumsturz braucht? Oder wie soll das erklärt werden? (*Tobender antifaschistischer Lärm.* Sprechchöre beginnen zu rufen: „Faschisten in die Kisten!" Einige Weiber schreien mir Zoten zu, dann beginnt die Menge zu skandieren: „Kopf runter, Kopf runter!" Die Bühne wird gestürmt, ich klettere auf die Empore.*) Und daher ist es auch nur *folgerichtig*, daß die Regierenden jene Inländer verfolgen, die sich gegen die Verwirklichung der sogenannten multikulturellen Gesellschaft wehren. (*Ununterbrochenes Toben antifaschistischen Lärms; Eier, Tomaten, Bierflaschen, Steine, Messer, Molotowcocktails fliegen, ich flüchte über das Dach, während der Lärm fortdauert. – Ja, und wenn sie nicht gestorben wären, lärmten sie noch heute. Doch die Molotowcocktails zündeten das Gebäude an, alles versuchte nach draußen zu entkommen, doch die Türen gingen nur nach innen auf, weil die Regierung dem Baumeister des Gebäudes befohlen hatte, aus volkspädagogischen Gründen keine rechts nach außen, sondern links nach innen drehende Türen einzubauen.*)

---

* Notiz des Leiters des Verfassungsschutzamtes in Schleswig-Holstein in dem nach dem großen Brand bei ihm aufgefundenen Notizbuch: *Ich bin verwirrt: Wofür galten nun dieser Beifall und die übrigen Kundgebungen des Publikums: dem Tatbestand oder seiner Verurteilung?*

** *Lebensborn*, nach antifaschistischer Abermeinung (= wissenschaftlich gekleidete Sonderform von Aberglaube) eine Einrichtung im Dritten Reich zur Aufzucht reinrassiger Nachkommen.

Roland Bohlinger

Gibt es eine Befreiung von schlechten politischen Traditionen?*

In meinem Aufsatz: *Entsteht eine deutsche Vorherrschaft in Europa?* versuchte ich aus meiner Sicht die politisch wesentlichen Entwicklungen in den letzten Jahren und deren Fortsetzung in naher Zukunft darzulegen.

Ich wiederhole die wichtigsten Stichpunkte, um mich dann der Frage zuzuwenden, mit welchen Mitteln eine positive Weiterentwicklung bewirkt werden könnte, wozu vor allem eine Überwindung schlechter Traditionen gehört. Hier nun die Stichpunkte:

Wiedervereinigung 1989. Schwinden des Ost-West-Gegensatzes. Beseitigung der Gefahr, im Kriegsfall durch NATO oder Warschauer Pakt ausgelöscht zu werden. Auflösung der UdSSR. Zerfall des Kommunismus im Osten mit Rückwirkungen auf kommunistische Gruppen im Westen. Wirtschaftlicher, kultureller, biologischer und politischer Niedergang der überwiegend deutschfeindlich regierten Staaten USA und Großbritannien. Anwachsen der nationalen Freiheitsbestrebungen in den Völkern Osteuropas, Asiens, Afrikas. Abwendung vieler dieser Bestrebungen von christlich-abendländischen, proamerikanischen und kapitalistischen Denkweisen. Bündnis Deutschlands mit Frankreich und umliegenden Staaten. Zunehmende Beseitigung der Gefahr, daß Deutschland wieder zwischen zwei mächtige Fronten gerät. Deutschland als Brücke zwischen Ost und West. Deutschlands Schlüsselrolle beim Wiederaufbau im Osten. Deutschland führende Wirtschaftsmacht in Europa und darüberhinaus. Nach der Gesundung Mitteldeutschlands noch größere Wirtschaftsstärke.

Zusätzliche Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Stärkung Deutschlands durch das Zusammenwachsen mit nahestehenden, überwiegend germanisch geprägten Ländern (Österreich, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg) und mit Frankreich.

Probleme der Wiedervereinigung zwingen die Deutschen, Intelligenz, Innovation, Kapital verstärkt deutschen Interessen dienstbar zu machen. Ostdeutschland kehrt vermutlich im Rahmen einer EG-Assoziierung teilweise zurück. Wohlfahrtsstaat wird weitgehend abgebaut, das führt zu veränderten Auslesebedingungen in der Gesellschaft. Aufstieg traditionell antiamerikanischer, antibritischer und z.T. antizionistischer und nichtchristlicher, aber deutschfreundlicher Staaten wie Japan, China, Korea, Indien, arabische Staaten. Niedergang des mosaischen und des christlichen Jahwismus, Wiederaufstieg des konkurrierenden islamischen Jahwismus. Abstieg des roten Sozialismus. Zunahme sozialistisch-kapitalistischer Mischstrukturen, vor allem in Europa, Südamerika, Australien und im Fernen Osten.

---

* Dieser Aufsatz wurde erstmals 1992 veröffentlicht. Für die jetzige Veröffentlichung wurden wenige stilistische Änderungen vorgenommen.

Ökologische Sachzwänge erzwingen Machtabbau. Der zunehmende wirtschaftliche Niedergang und drohende wirtschaftliche Zusammenbruch der Industrieländer und die offen antideutsche Regierungsweise in Bonn führen zu einem Rechtsruck und vermutlich am Schluß zu einer nicht auf Deutschland beschränkten Revolution. Im Rahmen der allgemeinen Entwicklung Zerfall der USA in mehrere weitgehend selbständige Regionen. Israel wird mit den Arabern Frieden schließen, wird sich aber weiterhin expansionistisch verhalten, sich daher in weitere Kriegsabenteuer stürzen, schließlich aber zur Kooperation mit den Arabern gezwungen sein. Danach wird es langsam biologisch und kulturell geschwächt und begrenzt arabisiert, seine Vorherrschaft bleibt bestehen, aber in stark geschwächtem Zustand, weshalb es zunehmend Zugeständnisse machen muß.

Aus der ganzen Entwicklung gehen Deutschland und die ihm nahestehenden verbündeten Staaten als zentrale Ordnungsmacht in Europa und neben Japan und bald auch China weltweit hervor. Das große Problem ist nur, welcher Geist, welche Gruppen werden dann diese zentrale Ordnungsmacht regieren? Abschließend betonte ich:

„Es kann natürlich nicht in unserer Zielrichtung liegen, daß die Führungsrolle, die Deutschland jetzt in den Schoß fällt, für imperialistische Zwecke gebraucht wird. Worauf wir hinwirken müssen, das ist die Überwindung imperialistischer und liberalistisch-materialistischer Kräfte zugunsten einer freiheitlich-rechtsstaatlichen, das Eigenleben der Völker achtenden, von Verantwortung gegenüber dem Leben und der Zukunft getragenen, kulturellen Höherentwicklung.“

RETTUNG DURCH SYSTEMIMMANENTE POLITIK?

Eine Bewegung, die politisch verändernd wirken möchte, versucht gewöhnlich, bestehende Machtstellungen in Staat, Wirtschaft, Organisationen und vielleicht auch Kirchen zu erobern. Sie unternimmt das in der Erwartung, es ließen sich mit dem Besitz und Gebrauch dieser Machtstellungen die erstrebten Änderungen, auch solche grundlegender Art, erreichen. Man kann eine derartige Politik als *systemgemäß** bezeichnen.

Eine systemgemäße Politik kann auf gesetzlich erlaubte oder unerlaubte Weise erfolgen. Die gesetzlich erlaubte ist die offen systemgemäße.

Sie zeichnet sich durch folgende Wesenszüge aus:
- Einordnung in die vorherrschenden Sach- und Verwaltungszwänge,
- Befolgung der geltenden Spielregeln und

---

* Hier und später verwendete Bedeutung des Begriffes *System*: Das durch hierarchische Gliederung und starkes, oft rücksichtsloses Macht- und Luststreben der verschiedensten Art und ideologischen Förderung gekennzeichnete Kräfte- und Formengefüge, das heute überall auf der Erde die Völker und gesellschaftlichen Zusammenschlüsse zunehmend, allerdings in unterschiedlicher Stärke, durchdringt, und in dem zahlreiche, sich aus Machtgier und Machtneid meist untereinander bekämpfende imperialistische Machtgruppen eine vorherrschende und treibende Rolle spielen.

- Gebrauch der bei Machtkämpfen im System üblichen Mittel,
  das heißt, sie zeigt vor allem
- eine zumindest vorläufig gemeinte Anerkennung der herrschenden Wirtschaftsform,
- der zentralistischen Beamtenherrschaft und
- des Parteien- und Verbandswesens,
- folgt mehr oder minder dem Mißbrauch der heutigen Werbe- und Erziehungsmöglichkeiten und
- übt sich in viele Arten gesetzlich erlaubten Betrugs und Zwangs ein.

Daher kann eine derartige Kampfesweise, wird sie länger und zunehmend erfolgreich angewandt, nur zur Gewöhnung der meisten Kämpfer an die benutzten systemgemäßen Formen, befolgten Regeln, angewandten Mittel führen, dann zum Verrat an den ursprünglichen Zielen durch erwachendes Gefallen an ausgedehnter Macht verleiten und schließlich in eine begrenzte bis völlige innere und äußere Anpassung einmünden, ergänzt durch Verfilzung mit gleichfalls um die Macht buhlenden Gruppen und begleitet von heftigen, vielleicht sogar blutigen Kämpfen mit Volksteilen, die von Gegnern aufgehetzt werden. Das heißt: die neue politische Strömung, die ursprünglich von einer Begeisterung für hohe systembefreiende Ziele getragen wurde, verstrickt sich in systemgemäße Verhaltensweisen und endet nicht in Befreiung und schöpferischem Aufbau, sondern in einer als „Reform" auftretenden Neuanpassung des Systems, was praktisch aber nichts anderes darstellt als eine Festigung des Systems.

Im Grundsätzlichen gilt das gleiche für den politischen Weg von Personen, die in einen bereits bestehenden politischen Verband mit den besten Absichten und großen Hoffnungen eintreten, entweder um ihn „umzufunktionieren" oder um dort einen „Marsch durch die Institutionen" anzutreten.

Eine Fülle von Lehrbeispielen bietet die Geschichte des Parteienwesens. Es gab bisher noch keine Partei, die nicht mit einem großen, wohltönenden Programm aufgetreten wäre, die nicht Freiheit und Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand, Frieden, Beseitigung der Ausbeutung und noch manches andere Schöne versprochen hätte – aber das meiste blieb Wortgeklingel, wenn es nicht sogar bewußt täuschen sollte. Es ist bis heute noch keiner systemgemäß auftretenden Partei oder auch außerparlamentarischen Organisation gelungen, das System *wesentlich und dauerhaft zum überwiegend Guten oder wenigstens zur Überwindung von Imperialismus und Gewaltherrschaft zu führen.* Keine kam über systemausgliedernde Ansätze, über weitgehend äußerliche Neuerungen bis mittlere Verbesserungen, über Flickwerk und wohlgemeinte Reden hinaus. Sie alle wirkten, wenn auch oft wider Willen und Hoffnung, in irgendeiner Form bei der Fortentwicklung und Festigung des Systems mit. Sie taten das selbst dann, wenn sie nur als Auffangbekken für Unzufriedene oder als demokratisches Feigenblatt dienten – denn dann dienten sie dazu, die Menge über das Wesen des Systems zu täuschen, über dessen zunehmend zerstörerische, lebenabschnürende Entwicklung.

Der hier aufgezeigte politische Irrtum wird zwar vielfach schon erkannt. Aber er wird dann oft nur gegen einen anderen, noch gefährlicheren Irrtum eingetauscht:

gegen den Irrtum, die Vorherrschaft im System könnte auch ohne Anpassung und Unterwanderung, nämlich „von außen“, durch eine *gewaltsam erobernde* Kampfesweise erworben werden.

Gewaltsam kann eine Vorherrschaft im System nur durch eine systemverwandte *Über*macht erlangt werden. Für den Erwerb einer solchen Macht gilt aber dasselbe wie für jeden anderen *unmittelbar im System* angestrebten Erwerb umfangreicher Macht: Er kann in der Hauptsache nur erfolgen unter Anpassung an die bestehenden Sach- und Tätigkeitszwänge. Das wiederum kann, obwohl teilweise andere Zwänge zu beachten sind als bei gesetzlich erlaubter Kampfesweise, auch hier nur systemeingliedernd wirken. So erfordert diese Kampfesweise, daß unter anderem große Mengen an Geld und Waffen erworben werden, also Mittel, die sich hauptsächlich in der Hand bereits vorherrschender Kreise befinden und die von diesen kaum umsonst zu haben sein dürften, zumindest nicht ohne Preisgabe eines Teils der eigenen Unabhängigkeit. Mag hier jedoch in manchen Fällen die Hoffnung noch berechtigt sein, es könnten im entscheidenden Augenblick alle eingegangenen Bindungen mißachtet oder gar zerrissen werden, so ist dafür um so trügerischer die gleiche Hoffnung hinsichtlich einer anderen, viel schwerer wiegenden Verstrickung: Diese Verstrickung erwächst aus dem Umstand, daß heute das System nicht, wie noch einige Jahrhunderte zuvor, auf einzelne Staaten beschränkt ist, sondern daß es inzwischen überstaatlich weltumspannend wurde. Daher müssen Vorbereitungen für eine gewaltsame Machteroberung überwiegend *im Untergrund* getroffen werden. Das aber heißt, daß sie, von einer Geheimgesellschaft straff geleitet, durch ein Netz von Lügen, Listen und Irreführungen getarnt, schließlich durch Bundesgenossen sowie gepreßte und gekaufte Verräter aus den herrschenden Kreisen zusätzlich gestützt und gefördert werden müssen. Mit anderen Worten: es müssen entscheidende Wesenszüge des Systems übernommen werden, insbesondere Mißtrauen, Unwahrhaftigkeit, Anpassung der Gesittung an machtpolitische Zwecke, straffe Lenkung der Gefolgschaft. Die Lenkung muß hier sogar noch umfassender und härter ausfallen als dort. Denn die Umsturzvorbereitungen müssen geheim bleiben, und daher müssen alle ungehorsamen und unzuverlässigen Mitglieder zu vollständigem Gehorsam gebracht, notfalls beseitigt werden. Auch die aus dem gegenseitigen Mißtrauen erwachsende Bespitzelung, dann die zur Vertarnung notwendige Verschlagenheit und Irreführung, schließlich der Gebrauch einer Zweckmoral, das alles wird sich in einer Geheimgesellschaft besonders kräftig entfalten und damit zugleich eine tiefgreifende sittliche Verwahrlosung der Mitglieder und eine negative Auslese schaffen. Zu der umstandsbedingten Übernahme und teilweisen Übersteigerung systemgemäßer Verhaltensweisen gesellt sich aber noch eine zielbedingte Verstrickung. Sie entsteht durch jene Art Gewaltanwendung, die für die gewaltsame Kampfesweise kennzeichnend ist. Es handelt sich hier nämlich um eine Gewaltanwendung, die sich in erster Linie an Machtzwecken ausrichtet, darum häufig über reine Notwehrmaßnahmen – also über die Abwehr unmittelbarer Gefahr für Leben und Freiheit – hinausgeht, dadurch gewalttätige Züge gewinnt und so den Machtkampf mehr oder weniger zum bloßen Streit um die Vorherrschaft im System entarten läßt.

Die letzten Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte bieten genügend Lehrbeispiele. Sei es die französische oder russische Revolution, seien es die mittel- und lateinamerikanischen oder andere Revolutionen – sie alle brachten den Völkern keine *wesentliche* sittliche und geistige Höherentwicklung, rechnen wir die *Errungenschaften* (die sie natürlich brachten) gegen die *Verluste* (die sie auch brachten) auf. Was sie *im moralischen Kern* brachten, war nicht allzu wesentlich.

Im übrigen tritt die gewaltsame, gesetzlich nicht erlaubte Kampfesweise nur selten in reiner Form auf, sie zeigt sich meist vereint mit einer gesetzlich erlaubten Kampfesweise, von dieser Schutz, Förderung und Verschleierung erwartend und so auch hier beweisend, daß sie mit dem System genügend verwachsen ist.

Selbstverständlich kämpft jede politische Bewegung nicht allein um Machtstellungen in Staat, Wirtschaft und Verbänden. Für eine solche Beschränkung versammeln sich in ihr meist zuviele geistig unruhige Köpfe. Je mehr von ihr gleichzeitig eine innere Wandlung, eine geistige und sittliche Veränderung der Gesellschaft nicht mit systemgemäßen, sondern mit systemfremden bis -befreienden Mitteln betrieben wird, je mehr also vor allem mit Aufklärung, mit Verbreitung einer geistig und sittlich hochstehenden Weltanschauung, mit Erziehung zum selbständigen Denken und verantwortungsbewußten Handeln, mit der Entwicklung unabhängiger Kulturorganismen, ausbeutungsfreier Wirtschaftsgebilde und einer durch ihren Charakter bestimmten Elite gearbeitet wird – desto mehr wirkt eine solche Bewegung systemausgliedernd und -befreiend, desto mehr wird sie aber auch von denen, die im System herrschen, als echte Bedrohung und nicht nur als eine lästige Nebenbuhlerei betrachtet und bekämpft.

Sollten aber die meisten führenden Mitglieder einer systemgemäß zur Herrschaft gelangten Bewegung nach aller Anpassung und Bindung auf dem Weg zur Macht immer noch unbeirrt die ursprünglichen Ziele erstreben, so wäre damit nicht viel gewonnen. Nunmehr müßten sie nämlich sofort einen neuen Machtkampf bestehen, einen innerhalb der eigenen Reihen: Sie müßten sich durchsetzen gegen die weit überwiegende Mehrheit der Anhänger, die durch innere Anpassung längst schon den Kern der Sache verrieten, außerdem gegen Postenjäger und eingesickerte Gegner. Spätestens jetzt würde das System obsiegen.

Aber selbst dann, wenn auch diese Hürde überwunden werden könnte, wäre es immer noch wenig sinnvoll, den Kampf vor allem auf die Eroberung der Schlüsselstellungen in Staat, Wirtschaft und Verbänden zu richten. Die meisten dieser Schlüsselstellungen sind nämlich in Aufbau, Personalbestand und Leistungsbereich zu systemgemäß und in ihrer Verwendungsfähigkeit zu sehr von einem gegenseitigen, in den Grundzügen weitgehend festliegenden Zusammenspiel abhängig, als daß sie in nennenswertem Umfang zu anderen als den bisherigen Zwecken benutzt werden könnten. Aber auch jene wenigen Machtstellungen, deren Verwendungsbereich nicht so eng begrenzt ist, bieten nur unzureichend Hilfe. Worauf es aber ankommt, das ist ein durchschlagender und nicht ein halber Erfolg, da dieser allzuleicht von der negativen Hauptmasse wieder aufgesogen wird, spätestens dann, wenn „die alten Kämpfer“ nicht mehr da sind.

Mit anderen Worten: durch Machteinsatz in Staat, Wirtschaft und Verbänden läßt sich zwar manches regeln. Aber eine umfassende Befreiung und Höherentwicklung läßt sich damit nicht erzeugen. Denn diese Befreiung und Höherentwicklung muß aus dem Inneren des Menschen selbst kommen. Und zwar schon deshalb, weil die heute bestehende Unfreiheit und Kulturöde keine Hülle, keine Folge einer nur übergestülpten Herrschaft darstellt, sondern tief in den Bewußtseinsinhalten, Willensrichtungen und Fähigkeiten der meisten Menschen ankert. Ein Machteinsatz kann deshalb die seelische Verankerung und damit den *Wesenskern* des ganzen Systems nicht auflösen. Sinnvoll, wenn auch nicht aus sich selbst heraus vom System befreiend, könnte bestenfalls folgende Art des Machteinsatzes sein: Es werden einer bereits vorhandenen systemausgliedernden Bewegung Hilfsmittel überlassen, zum Beispiel Geldmittel und Teile des Nachrichten-, Erziehungs- und Forschungswesens, außerdem wird ihr und dem ganzen Volk jeder politisch mögliche Schutz gegen machtgierige Angriffe von innen und von außen gewährt, also vor allem der Schutz durch das Rechts- und Verteidigungswesen. Allerdings dürfte auch hier bald ein Rückschlag eintreten: Das System, das außerhalb dieses rebellisch werdenden Gemeinwesens nach wie vor herrscht, würde seine Zukunft durch diese Entwicklung gefährdet sehen und darum versuchen, sie durch wirtschaftliche Blockade, Krieg und andere Mittel zu vernichten.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich außerdem folgende Erkenntnis: der Nationalsozialismus konnte gar nicht anders, als das Wesen des alten Systems weitgehend zu reproduzieren. Nach dem Gesetz, nach dem er angetreten war, mußte er auch enden: in den Armen der das System beherrschenden imperialistischen Machtgruppen. Die Unterstützungen, die der Nationalsozialismus durch etablierte Kreise im In- und Ausland erhielt, durch Banken, Konzerne, Kirchen und Militär, ja sogar durch jüdische Kreise, diese Unterstützungen erfolgten nur selten in bewußt verschlagener Absicht. Sie sind natürlich auch kein Beweis, daß die Führung des Nationalsozialismus für den „Feind" gearbeitet hat. Sie sind lediglich Ausdruck der üblichen Bündnisbestrebungen, Hilfsangebote und Hilfsgesuche der verschiedenen im System vorhandenen Gruppen, die besonders intensiv sind, wenn eine neue besonders aktive Gruppe auftaucht. Diese Unterstützungen wirkten aber in Verbindung mit den bestehenden geistigen und materiellen vornehmlich christlich-kapitalistisch-liberalistischen Strukturen der Gesellschaft in die gleiche Richtung: die zahlenmäßig schwachen, wenn auch sehr aktiven positiven Kräfte, jene, die nach völkischer und kultureller Befreiung und Höherentwicklung, nach Rechtsstaatlichkeit, nach sozialer Gerechtigkeit, nach Entmachtung des Gegners strebten, wurden schrittweise so integriert, umarmt und von andersgerichteten Kräften durchsetzt, daß sie schließlich entweder weitgehend angepaßt, erdrückt, in Resignation versetzt oder entmachtet, ausgegrenzt oder gar beseitigt wurden. Den Rest besorgte der Krieg mit seinen Zugzwängen und Zerstörungen.

Roland Bohlinger

Politisch-ethische Grundprinzipien für einen grundlegenden Wandel

Politik soll Leben, Freiheit, Kultur, Recht, Wirtschaft und Heimat des Einzelnen und seiner Lebensgemeinschaft schützen, und sie soll dem Frieden und der Verständigung unter den Völkern dienen.

Eine solche Politik kann nur gedeihen, wenn sie von Liebe getragen ist. Zuallererst sollte sie getragen sein von Liebe zum zentralen Gegenstand ihres Wirkens: von Liebe zum Menschen und zum Volk. Solche Liebe kann allerdings nicht wahllos sein. Sie kann nicht dem dienen, was schlecht ist oder falsch. Uneingeschränkt gelten kann sie deshalb nur der Menschen- und Volksidee in ihrer idealen Gestalt oder einem einzelnen Menschen oder Volk auf dem Gebiet, wo dieser Idee in reiner Weise gedient wird.

Menschen- und Volksliebe allein genügen jedoch nicht. Politik muß auch geleitet sein von der Liebe zum Recht und zur Gerechtigkeit.

Und da ein rechtes und gerechtes und überhaupt ein richtiges Handeln nicht möglich ist ohne vorherige Wahrheits- oder Erkenntnisfindung, daher muß Politik auch getragen sein von Liebe zur Erkenntnis und Verbreitung der Wahrheit.

Außerdem muß Politik stets durchdrungen sein von Liebe zur Freiheit. Denn ohne Freiheit stirbt der menschliche Geist, sterben Individualität, Kultur, Recht, Schaffens- und Lebensfreude.

Ebenso muß Politik durchdrungen sein von Liebe zur Kultur und zu den wirklich Kulturschaffenden; und weil Politik häufig selbst am Kulturschaffen beteiligt ist, indem sie sichtbare Werke schaffen läßt oder die wirtschaftlichen Mittel hierfür bereitstellt – seien es Theater, Denkmäler, Städte, Brücken, Straßen, Landschaften u. a. m. – muß sie in besonderem Maße auch von Liebe zur Schönheit und Harmonie geleitet sein.

Und schließlich muß Politik geleitet sein von Liebe zum wirtschaftlich freien und zugleich sittlichen Gedeihen der Wirtschaft des Volkes als wesentlicher Grundlage für alles sonstige Gedeihen.

All diese Liebe wächst aber kaum im politischen Tageskampf, unter dem Widerstreit verschiedenster Interessen, unter dem allzuhäufigen Anprall von Unwissen, Engstirnigkeit, Neid, Bosheit, Rachsucht oder gar Betrug und Gewalt. Darum bedarf Politik der Hilfe jener, die die verschiedensten Richtungen und Betätigungsfelder der Liebe am reinsten zu verwirklichen vermögen, der Mütter und Bauern, der Erzieher, der Dichter, Sänger, Maler, Bildhauer, Baumeister, freien Unternehmer, Forscher und Philosophen. Sie alle müssen sich zusammentun in Akademien, in Arbeitsgemeinschaften, in Theater-, Sing- und Tanzgruppen, in Gesprächskreisen, in pädagogischen Gemeinschaften, in Verlagen, in unabhängigen ökologisch arbeitenden Gartenbau-, Landwirtschafts-, Handwerks- und Hausbaugemeinschaften. Sie müssen sich selbst und ihre Mitbürger begeistern und er-

ziehen für eine Wiederkehr des edlen und gerechten, des freiheitlichen, friedlichen und ästhetischen Wesens im Schaffen und Zusammenleben der Menschen. Das aber kann nur gelingen, wenn jeder sich an die Erkenntnis hält, daß allein die absolute Reinheit der Idee und der Liebe unüberwindlich ist, daß jede Abweichung schadet.

Daher sollte jeder, der auf andere Menschen einwirkt – auch und gerade publizistisch –, sich uneingeschränkt auf den Boden der Wahrhaftigkeit und des Rechts stellen und jeglichen Imperialismus verwerfen, gleichgültig wie dieser sich äußert, ob in geistiger Manipulation, in Lug, Trug oder ungerechten Beschuldigungen, in wirtschaftlicher Ausbeutung, in Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.

Das bedeutet insbesondere die Anerkennung der Rechte eines jeden Volkes und eines jeden Einzelnen auf Schutz und freie Entfaltung seines Lebens, seiner Eigenart und seiner angestammten Heimat. Nur wer dies alles anerkennt, wer also völligen Verzicht leistet auf die Anwendung irgendwelcher imperialistischer Mittel, nur der kann für sich in Anspruch nehmen, nicht Zerstörer, sondern Diener dessen zu sein, was wahres Menschsein ausmacht.

Das heißt aber, daß die Durchsetzung dieser Haltung im Volksleben solange ein bloßer Wunsch bleibt, solange wir diese Haltung nicht in uns selbst tragen. Je reiner wir diese Haltung in uns selbst verwirklichen, desto mehr strahlt sie aus auf andere Menschen, desto eher wird sie sich durchsetzen. Und somit ist die Verantwortung des Einzelnen, jedes Einzelnen, der erkannt hat, worum es geht, riesengroß. Diese Einzelnen tragen sogar die Hauptverantwortung für das Geschehen. Denn es liegt allein in der Macht der Erkennenden, die Dinge grundlegend zu ändern. Jeder Erkennende trägt daher eine riesengroße Verantwortung.

Zugleich heißt das aber auch, daß wir wach und wehrhaft sein müssen gegen alle Kräfte, denen Wahrheit und Recht, die Erhaltung und Selbstbestimmung der Völker und Kulturen, die Überwindung von Krieg, Gewalt, Seelenmanipulation, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Häßlichkeit wenig oder nichts gilt.

In diesem Sinne wünsche ich allen Lesern dieses Buches ein größtmögliches Maß an Stärke, Furchtlosigkeit, Tapferkeit, Freiheits-, Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe.

Was ist deutsch?

Man ist das, was man aus sich macht.

Wenn die Deutschen wollen,
schaffen sie als erhabene Antwort auf ihr Schicksal
eine Identität,
die weder aus schwacher
noch aus falscher
oder gar aus fremder Hand stammt,
die weder rechts noch links ist, sondern geradeaus,
die über das hinauswächst, was war,
und himmelhochhinaus über das, was ist.

„Das ist nicht des Deutschen Größe,
Obzusiegen mit dem Schwert.
In das Geisterreich zu dringen,
Um Erhabenheit zu ringen,
Vorurteile zu besiegen,
Männlich mit dem Wahn zu kriegen,
Das ist seines Eifers wert.

Höhern Sieg hat der errungen,
Der der Wahrheit Blitz geschwungen,
Der die Geister selbst befreit.

Freiheit der Vernunft erfechten,
Heißt für alle Völker rechten,
Gilt für alle ew'ge Zeit!"

(Aus Schillers Dichtungsfragment *Deutsche Größe*)

Notizen über den Autor zur Verhinderung einer Legendenbildung

Geboren 1937 in Schwäbisch Gmünd, Vater Graveurmeister, Schmuck-Fabrikant, Mutter Konzertgeigerin und Musiklehrerin, zwei Brüder. Vater überlebte knapp ein französisches Vernichtungslager für kriegsgefangene deutsche Offiziere in Mulsanne. Ein Bruder tätig als Orchesterdirigent, Cellist und Komponist, der andere Bruder ist Hersteller von Lasertechnik.

1955 Abitur. Einer der ersten Verweigerer von Wehr- und Ersatzdienst aus patriotischen Gründen, setzte sich ohne Anwalt juristisch durch. 1955–1960 Studium. Studienfächer: Geschichte und Germanistik, daneben Philosophie, Pädagogik, Zeitungswissenschaft und Verfassungsrecht. Tätigkeiten: Vor dem Studium Zeichner und Registrator bei archäologischen Ausgrabungen, nach dem Studium Lehrer für Deutsch, Geschichte, Musik und Kunsterziehung, Bauarbeiter, Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag. Seit 1972 selbständig als Verleger und Versandbuchhändler. 1976 zusammen mit Walther Soyka Gründung des *Instituts für biologische Sicherheit,* des ersten privaten Umweltschutzinstituts in der BRD. 1976–1987 über 40 Prozesse gegen Atomanlagen als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für insgesamt über neunhundert weitere Kläger. Die Prozesse und anderen Aktivitäten hatten erhebliche Auswirkungen; Stoltenberg meinte, daß diese „Massenverfahren“ bereits 1980 rund 50 Milliarden DM Investitionsstau erzeugt hätten. Es gab deswegen verschiedene Einbindungs- und Einschüchterungsversuche durch Geheimdienste, aber ohne Erfolg. Außerdem gab es Versuche von Parteien, ihn einzufangen (SPD und Grüne), ebenfalls ohne Erfolg. 1982 Gründung des *Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands,* seitdem dessen Vorsitzender. 1987 kurze Zeit in Beugehaft, da er sich weigerte, die bei den Atomprozessen angefallenen Gerichtskosten und die Kosten der Gegenseite zu bezahlen. Kern seiner Begründung: In einem wirklichen Rechtsstaat würden die Lebens- und Gesundheitsschutzinteressen des Volkes gewahrt werden, nur in einem volksfeindlich regierten, Unrecht sprechenden Staat gäbe es Kostenrechnungen für Prozesse zugunsten des Gemeinwohls. Er wurde von der SPD-Führung in Schleswig-Holstein aus dem Gefängnis geholt und setzte es durch, daß fast alle gegen ihn gerichteten Kostenrechnungen fallen gelassen wurden. 1987 versuchte man, sein Verlagsgebäude in die Luft zu sprengen, als er sich zusammen mit einem seiner Söhne darin aufhielt. Er entdeckte die Täter, als sie dabei waren, den Zünder anzubringen, und vertrieb sie. In der Zeitschrift *radikal* erschien dann ein Bekennerschreiben eines Flügels der RAF, in dem mitgeteilt wurde, daß er im Falle der Fortsetzung seiner publizistischen Tätigkeit liquidiert werden würde. Daraufhin gab er bekannt, daß hinter der ungehindert in vielen linken Buchläden erscheinenden, für terroristische Aktionen eintretenden Zeitschrift linksextreme Kreise der Grünen mit Verbindungen zu Leuten im BKA und zu bestimmten, vor allem in der Schweiz sitzenden Hochfinanzkreisen steckten. (Näheres hierzu mit Abbildung des Bekennerschreibens in: Roland Bohlinger, *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte ...,* Viöl 1994, S. 2 ff.) Der Täterkreis wurde von einer speziell wegen dieser Sache gebildeten Son-

derkommision des Landeskriminalamts aufgespürt und verhaftet, jedoch bald wieder freigelassen, da zwar Beweismaterial gefunden wurde, dieses aber angeblich keinen bestimmten Personen aus dem Kreis zugeordnet werden konnte. Danach kam es noch zu weiteren Anschlägen. Zwischen 1976 und 1996 kam es außerdem zu insgesamt mehr als 50 strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, meist wegen irgendeiner Veröffentlichung. Es kam jedoch zu keiner einzigen Verurteilung, fast alle Verfahren wurden schon im Vorwege wieder eingestellt. Ebenfalls schlug der Versuch fehl, ihn mit Hilfe des Finanzamts wirtschaftlich in die Knie zu zwingen, und zwar durch grob rechts- und tatsachenwidrige Steuerbescheide. Er gewann nach 7 Jahren Kampf den Prozeß vor dem Finanzgericht Kiel.

Der Autor wird von bestimmten Kreisen gern als „rechtsradikal" bezeichnet. Er weist diesen Vorwurf energisch zurück. Er schrieb dazu schon vor Jahren:

„Rechtsradikal" ist an sich jemand, der sein Volk über andere stellt, gegen die Entwicklung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates kämpft und Gewaltanwendung gegen Andersdenkende und Andersrassige befürwortet. Doch bei uns und in jenen Ländern, die zu den sogenannten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zählen, haben vor allem Volksverhetzer das Sagen. Und daher werden dort mit dem Etikett „rechtsradikal" auch alle jene bezeichnet, die nicht „links" sind, eine kritische antiimperialistische Meinung vertreten und für die Erhaltung und Höherentwicklung des eigenen Volkes und seiner Kultur im Rahmen eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats eintreten – was im Grunde eine selbstverständliche Pflicht darstellt. Auf diese Weise werden zwei völlig verschiedene Sachverhalte begrifflich vermengt. Der Zweck ist klar: er ist demagogischer Natur, er soll die Unterdrückung Andersdenkender erleichtern und das Volk über den wahren Sachverhalt täuschen. Das ist an sich kein neues politisches Prinzip, sondern das Prinzip aller Machthaber, die Andersdenkende verfolgen. Unterschiedlich sind in den einzelnen Verfolgerstaaten nur die Täuschungs-Begriffe. Nach diesem Muster hat man z.B. auch den Autor zum „Rechtsradikalen" zu stempeln versucht, obwohl er viel konsequenter als die „Träger" dieses Staates und der herrschenden Meinung für die Verwirklichung freiheitlich-demokratischer Rechtsstaatlichkeit, für Völkerverständigung und für gegenseitige Achtung und Redlichkeit im Umgang unter den Menschen eintritt und seit seiner Jugend in einer großen Zahl von Veröffentlichungen und in verschiedenen Prozessen gegen jede Art von Krieg, Völkermord und Rassenhaß, Imperialismus, Gewalt und Volksverhetzung eingetreten ist. Man könnte hier sogar ein Wortspiel anwenden: der Autor betätigte sich nicht „rechtsradikal", sondern „radikal für das Recht". Aber gerade diese Tatsache, die Tatsache, daß er seine Haltung ohne irgendeine Ausnahme und nicht als bloßes Lippenbekenntnis oder gar zur Vermaskung vertritt, gerade das macht ihn zur „unerwünschten Person" für alle, denen eine solche Haltung im Wege steht. Und daher ist er für Volksverhetzer und imperialistische Machtgruppen am liebsten „rechtsradikal", aber auch für alle Spieß-, Schild- und Schuldbürger. Denn wer heutzutage als „rechtsradikal" verteufelt ist, der steht am Pranger, wo ihn jeder prügeln darf, dem es paßt. Wie herrlich einfach es doch ist: jeder kann nun in aller Öffentlichkeit beweisen, wie „tapfer", „fortschrittlich"

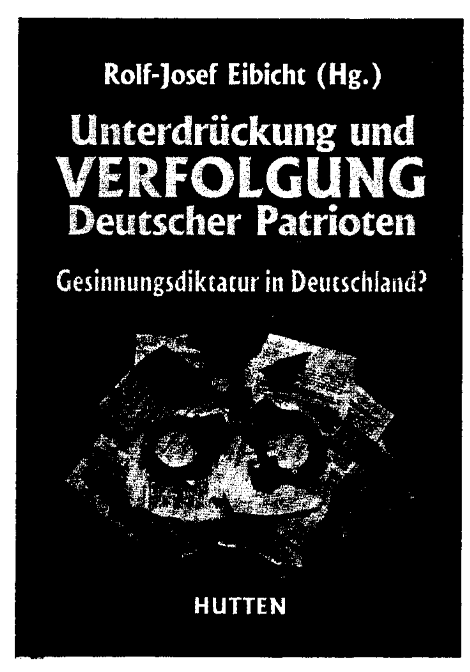
und „moralisch“ er ist, was für ein „antifaschistischer Gutmensch“. Er braucht nur auf den am Pranger Stehenden einzuschlagen, auf den „Ketzer“ und „Bösen“, und schon erhält er Ablaß für alle Sünden und dazu noch Gut und Ehre.

1956 erste Veröffentlichungen von eigenen Aufsätzen. Rege Autorentätigkeit aber erst seit etwa 1977. Seitdem Veröffentlichung von über zweihundert Aufsätzen und Kommentaren, außerdem von über fünfzig Schriften, Büchern und Dokumentationen zu politischen, historischen, juristischen, wirtschaftlichen, philosophischen u. a. Themen, außerdem Verfasser von Satiren, Gedichten u.a.m. Daneben Mitarbeit, Überarbeitung und Beteiligung an der Herausgabe bei über zwei Dutzend weiteren Veröffentlichungen anderer Autoren. Zwischen 1977 bis heute Schriftleiter und teilweise auch Herausgeber von verschiedenen, insgesamt fünf Zeitschriften. Herausgeber mehrerer Schriftenreihen. Gründer und Leiter des *Instituts für ganzheitliche Forschung* und Herausgeber von dessen *Informations- und Dokumentationsdienst* sowie *Studienheften* und *Materialsammlungen.* Inhaber mehrerer Verlage.

Wohnt seit 1971 in Nordfriesland. Vater von acht Kindern.

Wichtigste Veröffentlichungen: *Volksschöpfung* (1976); *Artikel 9 II GG und die Errichtung eines Plutoniumstaats* (1977); *Im Namen des Volkes* (1978); *Der volkswirtschaftliche Unsinn des 'friedlichen' Atomprogramms* (1979); *Die Bankierverschwörung* (zusammen mit E. Mullins) (1980); *Der Mühlheim-Kärlich-Prozeß* (1983); *Der Obrigheim-Prozeß* (1984); *Stellungnahme zu Aussagen von Mitgliedern der Strahlenschutzkommission* (1985); *Die genetische Belastung durch radioaktive Schadstoffe* (Hg.) (1985); *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht* (1991[7]); *Die Fälschung der deutschen Geschichte* (von W. Kammeier, Überarbeitung und Anhang durch R.B.) (1993[10]); *Gutachten zur Frage der Echtheit des sog. Wannseeprotokolls und der dazugehörigen Schriftstücke* (unter Mitarbeit von J.P.Ney) (1993/4); *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte – Verfassungshüter im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe,* 2 Teile (1994 u. 1995); *Die geheime Verführung* (1994); *Gutachten zur Frage der Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben* (1995); *Wie man einen Neonazi erkennt* (1995); *Spitzbubengeschichten* (1995), *Ist die Freimaurerei eine nach Artikel 9 II GG. verbotene Vereinigung?* (1995/6); *Nietzsches Erkrankung und die überstaatlichen Mächte* (Hg.) (1996); Mitautor und Lektor bei dem von Rolf-Josef Eibicht herausgegebenen Buch: *Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten – Gesinnungsdiktatur in Deutschland?* (1997); *Zur Einflußnahmen mosaistischer Kreise auf die Ausländerpolitik in Deutschland* (1997); *Im Bedarfsfall Ausrottung der Deutschen? Eine Tendenz-Analyse der Bonner Verteidigungspolitik bis zum Fall der Mauer* (1997); *Der Deutsche Bundestag erteilt Tötungslizenzen – Anmerkungen zur Ideologie der Abtreibungsbefürworter* (1997); *Patriotismus, Ausländerpolitik und die antideutsche Zielsetzung der politischen Führung* (1997); seit 1994 bisher 15 Bände des *Informations- und Dokumentationsdienstes* des *Instituts für ganzheitliche Forschung* mit Dokumentationen und Kommentaren.

Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten



Rolf-Josef Eibicht (Hg.)

Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten

Gesinnungsdiktatur in Deutschland?

660 Seiten, kt., DM 54,-

Das soeben erschienene Werk ist ein sensationelles Buch. Es wendet sich gegen die wachsende Neigung zur Verfolgung von Gesinnungen, Meinungsäußerungen, Büchern und Personen mit patriotischer und verwandter Richtung sowie ganz allgemein gegen den Rechts- und Politikverfall in unserer Demokratie, an dessen Ende die Zerstörung des Sozialstaats, der Stabilität und möglicherweise des Friedens in Europa stehen könnte.

Das Buch ist ein Forum, auf dem eine große Zahl patriotischer Autoren mit verschiedenen geistigen und politischen Ansichten zu Worte kommt.

Das Werk ist von hohem sittlichem Ernst und großer Sorge um die Zukunft unseres Landes getragen. Es stößt auf aussergewöhnliches Interesse. So ist bereits 14 Tage nach Erscheinen über ein Drittel der Auflage verkauft – obwohl die eigentliche Werbung erst jetzt beginnt! Der Herausgeber, die Vielzahl und Qualität der Autoren und deren Beiträge, das breite Spektrum der behandelten Themen, dazu der Umfang des Werkes mit 660 Seiten machen dieses Buch zu einem *Standardwerk*. Mit ihm erhält der Patriotismus eine ausgezeichnetes Mittel in die Hand, um sich gegen die Angriffe zu wehren, die immer zahlreicher und heftiger gegen ihn geführt werden. Zugleich werden zahlreiche wichtige Themen, die dem deutschen Patriotismus am Herzen liegen, in gründlicher und wegweisender Form abgehandelt.

An diesem Werk führt kein Weg vorbei. Für keine politische und geistige Gruppierung. Denn jede wird hier zur Auseinandersetzung herausgefordert! Das Werk bietet eine überreiche Fülle von Tatsachen, Erkenntnissen und geistigem Sprengstoff für die Einleitung einer neuen Phase im Kampf um die Identität, Verantwortung und Zukunft in Deutschland und Europa.

Die Autoren:

Fil. kand. Per Lennart Aae; Dr. phil. Alfred Ardelt; Roland Bohlinger; MA. Rolf-Josef Eibicht; Prof. Richard W. Eichler; Dr. jur. Willi Heim; MA Dipl. Soz. Eugen Hoffmann; Dr. phil., Diözesanoberarchivrat a. D. Harald Kindl; MA Jürgen Konerth; Dr. rer. nat., Diplom-Physiker Rolf Kosiek; Prof. Dr. phil., Dipl. Dolmetscher Günter Friedrich Kratzel; MdB, Senator a. D., Diplom-Politologe Heinrich Lummer; Diplom-Volkswirt Ernstheimut Maasch; Prof. Dr. rer. nat. habil. et Dr. paed. Horst Melcher; Helmut Müller; Dr. jur. Heinz Nawratil; Dr. phil. Rudolf Ohlbaum; Rechtsanwalt Hans Pietsch; Rudolf Pietsch-Niedermühl; Prof. Dr. Gerard Radnitzky; Rechtsanwalt Jürgen Rieger; Manfred Roeder; Andreas Röhler; Manfred Rouhs; Dr. phil. Hans-Dietrich Sander; Dr. Alfred Schickel; Prof. Emil Schlee; Karl-Peter Schlor; Prof. Dr. rer. nat. Helmut Schröcke; Dipl.-Germ. Jürgen Schwab; Karl-Heinz Sendbühler, Prof. Dr. Ernst Topitsch; Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler; Dipl. sc. pol. Udo Voigt; Prof. Dr. Klaus Weinschenk; Oberstudienrat Hans-Jürgen Witzsch.

Aufrüttelnd. Spannend. Gekonnt. Offen. Kämpferisch. Auch wenn es manche nicht hören mögen: Der Geist steht wieder "rechts"!

Bestellung:

Hiermit bestelle ich ___ Exemplare: *Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten* (660 S., DM 54,00).

Name: .... Anschrift: ....

Einsenden an: Hutten-Verlag, Postfach, 25884 Viöl

